

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil**  
**des Kantons Bern    du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 8. September 2015

---

**Polizei- und Militärdirektion**

**8      2015.RRGR.462      Motion 132-2015 Mühlheim (Bern, glp)**  
**Neue Zukunft für das Zieglerspital als Asylunterkunft!**

Fortsetzung

**Präsident.** Wir starten mit dem zweiten Sessionstag der Septembersession. Zuerst möchte ich zu Händen des Protokolls Mitteilungen zu zwei Geschäften anbringen, welche wir gestern behandelt haben. Es geht um Folgendes: Normalerweise loggen wir den Kommissionssprecher hier vorne ein. Gestern befand sich nun der Kommissionssprecher bei der Abstimmung über das von ihm vorgestellte Geschäft an seinem Platz, statt hier vorne. Deshalb hat seine Abstimmungsanlage nicht funktioniert. Aus diesem Grund möchte ich zu Händen des Protokolls mitteilen, wie Grossrat Grimm, Sprecher der SiK, abgestimmt hat: Er hat den Abänderungsantrag der SiK zum Geschäft 6 angenommen. Den Abänderungsantrag der SVP lehnte er ab. Die Abstimmung über den Kredit nahm er an. Wir haben danach sehr rasch weitergemacht und über das Traktandum 7, also Geschäft 2015.RRGR.567, direkt abgestimmt. Leider konnte Grossrat Grimm an seinem Sitzplatz immer noch nicht abstimmen. Er hat das Geschäft ebenfalls angenommen.

Dann möchte ich noch bekannt geben, warum Grossrat Studer während der ganzen Session abwesend sein wird: Er musste sich einer Operation unterziehen, weil er Probleme mit der Gesichtsmuskulatur hatte. Die Operation fand Ende August statt. Ich wünsche Grossrat Studer im Namen von uns allen gute Besserung und gute Erholung von diesem Eingriff. Nun fahren wir fort mit dem Geschäft 2015.RRGR.462, Traktandum 8. Wir sind noch bei den Fraktionssprecherinnen und -sprechern.

**Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne).** Das Zieglerspital soll sofort in eine Unterkunft für Asylsuchende umfunktioniert werden. Das fordern wir mit unserem Vorstoss. Ich spreche hier jedoch als Fraktionssprecherin der Grünen. Wir sind froh, dass der Regierungsrat bereit ist, Gespräche mit der Stadt Bern und mit der Spitalnetz Bern AG aufzunehmen und zu verhandeln. Wir bestehen darauf, dass er sich für eine rasche Nachfolgenutzung des Zieglerspitals und für die Umsetzung der Motionsforderung einsetzt. Die Umnutzung des Zieglerspitals als Unterkunft für Asylsuchende ist eine ideale Lösung, da die nötige Infrastruktur bereits vorhanden ist. Wir Grünen haben gestern Mittag einen offenen Brief an den Regierungsrat gerichtet, in dem wir unsere Forderungen für die zukünftige Asylpolitik deutlich gemacht haben. Dazu gehört, dass die vorliegende Motion sofort umgesetzt werden soll. Es ist absehbar, dass die Anzahl Menschen, die hier um Asyl bitten, in den nächsten Monaten ansteigen wird. In Anbetracht der vorherrschenden Platznot ist klar, dass es weiterhin eines Kraftakts bedarf, um diese Leute unterzubringen, sowohl in logistischer wie auch in sozialer und politischer Hinsicht. Da erscheint das leerstehende Zieglerspital regelrecht als Geschenk. Bereits gegen 6000 Menschen haben innerhalb von drei Tagen ihre Solidarität bekundet und die Petition «Umnutzung des Zieglerspitals Bern als Asylunterkunft sofort angehen!» der Grünen unterzeichnet. Das ist beachtlich. Es ist fehl am Platz, auf bürokratische Hindernisse zu verweisen. Bestehende Hindernisse müssen rasch und lösungsorientiert angegangen werden. Flexibilität ist gefragt. Es braucht jetzt Massnahmen.

**Philippe Müller, Bern (FDP).** Der Vorstoss verlangt, dass man mit den zuständigen Stellen der Stadt Bern und des Zieglerspitals in Kontakt tritt. Diese Kontakte wurden bereits aufgenommen, das Projekt ist also schon auf dem Schlitten. Die Regierung befürwortet die Annahme dieser Motion,

und die FDP empfiehlt Ihnen, dieser Empfehlung Folge zu leisten.

**Präsident.** Gibt es Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann hat der Regierungsrat das Wort.

**Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor.** Mit dieser Motion rennen Sie offene Türen ein. Selbstverständlich ist die Regierung bereit, auf dieses Anliegen einzugehen. Morgen wird eine entsprechende Sitzung mit den politischen Vertretern der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz sowie der Staatssekretariats für Migration (SEM) stattfinden. Ich möchte noch etwas ins rechte Licht rücken: Grossrat Köpfli hat gestern erklärt, es sei einfach, dieses Vorhaben umzusetzen, und es brauche auch nicht viel Zeit. Doch machen Sie sich keine Illusionen: Seit Monaten sagt uns die Stadt Bern, die Feuerwehrkaserne stehe uns zur Verfügung. Allerdings sind dort noch immer Bauarbeiter am Werk. Das bedeutet, dass die Kaserne noch nicht bezugsbereit ist. Dies ist nicht auf bösen Willen seitens der POM zurückzuführen. Auch das Zieglerspital steht noch nicht bereit: Bis Ende August war es noch in Betrieb, und im Moment wird es geräumt. Die POM und das SEM sind nicht die Eigentümer des Zieglerspitals. Auch die Stadt Bern und die Gemeinde Köniz sind es nicht. Manchmal entsteht der Eindruck, man wolle das Fell des Bären verkaufen, bevor man den Bären erlegt hat. Ganz so rasch geht es nicht. Doch es ist richtig, was Grossrätin Mühlheim gesagt hat: Wir brauchen rasch Lösungen, nicht erst im nächsten Sommer. Daran arbeiten wir jetzt. Ich bitte Sie, diese Motion anzunehmen.

**Barbara Mühlheim, Bern (glp).** Herzlichen Dank für diese engagierte Debatte. Zur Argumentation der SVP-Fraktion möchte ich Folgendes sagen: Danke, dass Sie die Interessen der Stadt Bern so hochhalten und sich darum kümmern, dass wir genügend neue Wohnungen haben. Sie können sicher sein, dass wir diese auch ohne Ihre Unterstützung haben werden. Doch wir brauchen eine Lösung für die heutige Situation, und nicht für die Zeit in fünf oder sechs Jahren, wenn wir neue Pläne für dieses Areal haben werden. Wir brauchen diese Lösung jetzt. Ich danke dem Regierungsrat, dass er Energie und politischen Willen dafür einsetzen will, damit wir das Zieglerspital so schnell wie möglich für die Unterbringung von Asylsuchenden nutzen können. Ich weiss, dass wir dazu einige kleinere Probleme lösen müssen. Um beim Bild der Bärenjagd zu bleiben: Wir müssen nicht zuerst die Tierschutzverordnung anpassen, wenn wir einen Bären erlegen wollen. Das ist wichtig. Es geht darum, gemeinsam mit der Stadt Bern so rasch wie möglich eine Lösung zu finden. Diese darf nicht darin bestehen, dass wir erst nächsten Frühling darüber debattieren, ob wir Asylsuchende dort unterbringen können. Wir werden grössere Flüchtlingsströme bewältigen müssen. Meines Wissens muss der Kanton Bern schon jetzt pro Woche über 100 Asylsuchende aufnehmen. Dies entspricht dem Kontingent unseres Kantons von 14 Prozent der Flüchtlinge, welche die Schweiz erreichen. Alle Experten sagen voraus, dass die Anzahl Flüchtlinge kurzfristig massiv ansteigen wird. Deutschland steht jetzt an erster Stelle, aber das kann sich in den nächsten Monaten ändern. Dann brauchen wir weitere Unterkünfte. Wir können die Leute in unserem Bergkanton nicht dauerhaft in Zelten unterbringen. Deshalb braucht es einen Regierungsrat, der dies sieht und gemeinsam mit der Stadt Bern hilft, pragmatisch nach Lösungen zu suchen, und der die Gesetzeslage zwar berücksichtigt, aber manchmal nicht an die erste Stelle setzt. Ich bin überzeugt, dass Sie, Herr Käser, dies auch wollen. Ich bin froh, dass wir morgen an der Sitzung, die unter der Leitung von Franziska Teuscher stattfinden wird, einen Regierungsrat hören werden, der sagt, man wolle das Problem gemeinsam anpacken und meistern.

**Präsident.** Wir kommen zur Abstimmung über die Motion «Neue Zukunft für das Zieglerspital als Asylunterkunft». Wer diese Motion annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

### Abstimmung

---

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	114
Nein	26
Enthalten	1

**Präsident.** Sie haben die Motion angenommen. Nun wünscht der Polizeidirektor, eine Erklärung zum Asylthema abzugeben. Dieses Thema wird uns auch noch während der nächsten Vorstösse beschäftigen.

**Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor.** In der Debatte wurde mehrfach ein pragmatisches und flexibles Handeln bei der Unterbringung von Asylsuchenden gefordert. Zahlreiche Grossrätinnen und Grossräte haben sich auch für neue, solidarische Wege ausgesprochen. Gestern hat schliesslich der Verband bernischer Gemeinden (VBG) öffentlich ein neues, partnerschaftliches Vorgehen vorgeschlagen, allerdings nicht ohne gleichzeitig eine Reihe finanzieller Forderungen an den Kanton zu richten. Ich nutze nun die Gelegenheit, Sie im Rahmen dieser Asyldebatte darüber zu informieren, dass ich diese im Grundsatz positiven Signale aufnehmen will. Ich bin bereit, einen Schritt auf diese Gemeinden zuzugehen.

Der Bund weist allen Kantonen, und somit auch dem Kanton Bern, eine grosse Anzahl Asylsuchender zu. Deshalb brauchen wir nach wie vor mindestens 500 zusätzliche Plätze, und zwar so rasch wie möglich. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Der Kanton Bern betreibt bereits 28 Kollektivzentren und Notunterkünfte mit rund 2600 Plätzen sowie zwei Zentren für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) mit je rund 90 Plätzen. Im Februar/März 2015 verfügten wir über eine strategische Unterbringungsreserve von rund 10 Prozent. Das sind rund 250 Betten. Doch nach diesem Sommer sind alle Plätze belegt. Die Kapazitäten in den bestehenden Unterkünften konnten durch eine dichtere Belegung etwas vergrössert werden, doch auch diese Reserve ist vollständig ausgeschöpft. Es war zu erwarten, dass die Anzahl Asylsuchender im Sommer zunehmen wird. Deshalb habe ich im Frühling die Gemeinden darum gebeten, geeignete Unterkünfte zu melden und zur Verfügung zu stellen. Wir haben alle Gemeinden darum gebeten, geschätzte Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, welches Echo dieser Bitte folgte: Es gab keine einzige positive Rückmeldung! Meine Anfragen sind nicht auf die nötige Resonanz gestossen. Viele Gemeinden haben eine Zeit lang vergessen, dass das Asylwesen seit einiger Zeit nicht mehr Sache der Gemeinden, sondern hauptsächlich des Kantons ist. Doch einer Verbundaufgabe kann man nur gerecht werden, indem man gemeinsam nach Lösungen sucht.

Die POM war in den vergangenen Jahren immer wieder dazu gezwungen, Zivilschutzanlagen als Unterkünfte einzusetzen. Diese Anlagen verfügen über eine Infrastruktur, die es erlaubt, innert sehr kurzer Zeit obdachlose Personen vorübergehend unterzubringen. Dazu wurden die Zivilschutzanlagen ja auch gebaut. Man kann die Türe aufschliessen und das Licht einschalten, und es funktioniert. Natürlich ging man damals, als man diese Anlagen baute, davon aus, dass Schweizer mit weisser Hautfarbe dort untergebracht würden. Jetzt sind es eben andere Obdachlose. Dies ist die Realität. Wir haben diese pragmatische, rasch realisierbare und kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit während Jahren erfolgreich eingesetzt, um Belegungsspitzen im Sommer auszugleichen. Seit 2008 hat dies immer wieder funktioniert. Ich kann Ihnen gerne ein Beispiel dazu erzählen: Eine Gemeinde im Emmental war im Jahr 2008 zuerst strikte dagegen, Asylsuchende unterzubringen. Doch wir nahmen die Zivilschutzanlage in Betrieb, und nach sieben Monaten konnten wir sie wieder schliessen. Danach erhielten wir vom Gemeinderat einen Brief, in dem dieser allen Beteiligten dankte. Es sei viel besser gegangen als befürchtet. Die farbigen Menschen würden nun im Dorfbild fast ein wenig fehlen. So sah die Realität im Jahr 2008 im Emmental aus. Deshalb haben wir auch dieses Jahr so gehandelt.

Bereits im Frühling 2015 habe ich fünf Gemeinden persönlich angerufen und darüber orientiert, dass wir ihre Zivilschutzanlage gerne nutzen möchten. Wir haben diese Gemeinden ausgewählt, weil sie einen Ausländeranteil von unter acht Prozent aufweisen. Bekanntlich wollten sich diese Gemeinden nicht davon überzeugen lassen, ihre Anlagen zur Verfügung zu stellen. Damit fehlen uns nach wie vor mindestens 500 Plätze, denn so viele hätten wir von diesen Gemeinden erhalten können. Ohne diese Plätze sind zahlreiche Asylsuchende obdachlos. Als erste Sofortmassnahme haben wir deshalb Armeezelte besorgt. Diese haben wir letzte Woche auf dem Areal vor dem Durchgangszentrum in Kappelen bei Lyss aufstellen lassen. Sie werden demnächst in Betrieb genommen. An dieser Stelle danke ich ausdrücklich für das sehr grosse Verständnis der direkt betroffenen Gemeinden Kappelen bei Lyss und Lyss. Es ist offensichtlich, dass die geeignete Unterbringung von Asylsuchenden eine Aufgabe ist, die der Kanton nur gemeinsam mit den Gemeinden angehen kann. Mir ist bewusst, dass bei der Suche nach Lösungen ein einvernehmliches Vorgehen mit den Gemeinden wichtig ist. Es gibt Gemeinden, die schon in der Vergangenheit sehr aktiv und offen waren, wie etwa Riggisberg oder Muri. In den vergangenen Jahren konnten wir deshalb in

Absprache mit den Gemeinden zahlreiche temporäre Notunterkünfte nutzen.

Nun haben sich jedoch einzelne Gemeinden widersetzt. Am 1. Juli fand eine Sitzung mit den fünf von mir kontaktierten Gemeinden statt. Eine Gemeinde ist nicht zu der Besprechung erschienen. Als ich Stadtpräsident von Langenthal war, wäre es mir übrigens nicht in den Sinn gekommen, einer Sitzung fernzubleiben, die ein Regierungsrat einberuft. Die vier anwesenden Gemeinden haben nun von mir erwartet, dass ich eine Verfügung erlasse. Dies kann mehrere Gründe haben. Einerseits kann man eine Verfügung anfechten. Andererseits kann man gegenüber dem Gemeinderat sagen, man sei gezwungen, mitzumachen, weil eine Verfügung vorliege. Das wurde bisher so gemacht. Also haben wir diese Verfügungen erlassen. Ich habe auch in diesem Gespräch am 1. Juli gesagt, dass wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen und eine Lösung aushandeln wollten. Jetzt liegen diese Verfügungen und die Beschwerden der Gemeinden gegen sie beim Verwaltungsgericht. Ich habe nun entschieden, die aktuellen Verfügungen gegenüber den Gemeinden Aarberg, Neuenegg, Oberhofen, Teuffelen und Wohlen heute zurückzuziehen. Damit möchte ich für einen partnerschaftlichen Neustart mit allen Gemeinden Raum schaffen. Ich begrüße auch ausdrücklich den gestern angekündigten Beitrag des VBG zur Entkrampfung der Situation und zur raschen gemeinsamen Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende. Ich schätze diese Initiative, auch wenn die einzelnen Forderungen nicht so ohne weiteres umsetzbar sind und insbesondere das Problem, dass wir kurzfristig Unterkünfte benötigen, nur beschränkt gelöst wird. Dem Kanton Bern stehen nicht unbeschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung. Deshalb sollten sich die Angebote des Kantons wenn möglich im Rahmen der Unterbringungs pauschale bewegen, die der Bund vergütet. Sonst haben wir ein Problem.

Ich verbinde den Rückzug dieser Verfügungen mit der deutlichen Aufforderung an alle Gemeinden, solidarisch mitzuhelfen, rasch realisierbare Unterbringungsmöglichkeiten anzubieten. Ich weise zudem darauf hin, dass nach wie vor über 100 Personen, die bereits den Flüchtlingsstatus oder den Status als vorläufig Aufgenommene haben, in solchen Unterkünften leben. Diese Menschen werden hier bleiben. GEF sucht jetzt für diese 100 Personen Wohnungen. Diese Wohnungen werden sich in Gemeinden befinden. Die Gemeinden können dazu beitragen, dass die GEF rasch solche Wohnungen findet. Damit hätten wir wieder 100 freie Plätze in unseren Zentren. Dies wäre sehr wichtig. Einzelne Gemeinden haben in der Vergangenheit in sehr verdankenswerter Weise Hand geboten. Jetzt müssen andere folgen. Das gilt insbesondere für die fünf bereits erwähnten Gemeinden. Mit dem heutigen Schritt verzichten meine Leute und ich auf sehr rasch verfügbare Plätze in den Zivilschutzanlagen. Es geht um fünf Mal 100 Plätze. Ich hoffe deshalb, dass alle Gemeinden dieses Kantons gemeinsam rasch Hand bieten für alternative Unterbringungsmöglichkeiten. Angesichts der dramatischen weltweiten Lage spüre ich durchaus eine wachsende Bereitschaft in unserer Bevölkerung, Asylsuchende in ihrer Mitte, und auch in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt, aufzunehmen.

**Präsident.** Ich danke dem Regierungspräsidenten für seine aufschlussreichen und kooperativen Worte zu dieser herausfordernden und komplexen Thematik. Diese wird uns auch noch während der nächsten drei Geschäfte beschäftigen.